

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Hermann-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

## Sieg in Anhalt!

### Linksmehrheit im Landtag. — Starke Zunahme der Sozialdemokraten und Demokraten. — Zusammenbruch der Kommunisten.

Dessau, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Wahlergebnis, das in den späten Abendstunden bereits für ganz Anhalt vorlag, bedeutet einen glänzenden Sieg der Linken und insbesondere der Sozialdemokratie, die ihre Anhängerzahl um fast 14 000 Stimmen erhöhen konnte. Die Demokraten haben ihre Stimmzahl sogar mehr als verdoppelt. Dagegen hat der Bürgerblock, in dem sich alle Reaktionen unter dem schamhaften Titel „Volksgemeinschaft“ zusammenfanden, trotz starker Wahlbeteiligung Stimmen eingebüßt. Im einzelnen sieht das Wahlergebnis wie folgt aus: Sozialdemokraten 78 672 (am 22. Juni 64 943), Demokraten 13 970 (6188), Bodenreformer 3199 (3005), Zentrum 2406 (2039), Kommunisten 11 113 (16 714), Nationalsozialisten 7908 (7991), Bürgerblock 74 225 (74 522).

Danach verteilen sich die 36 Landtagsitze wie folgt: 15 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 1 Bodenreformer, 2 Kommunisten, 1 Völkischer und 14 Volksgemeinschaft. Danach hat die Linke 19 Sitze, der Rechtsblock 15, die Kommunisten stehen mit 2 Abgeordneten daneben und werden nicht mehr die Möglichkeit haben, auf ihrem Rücken die Reaktionen zur Regierungsmacht zu tragen.

Die gestrigen Landtagswahlen in Anhalt zeigten dieselbe Entwicklungslinie, die schon bei den Bürgerblockwahlen in Hamburg und bei den Gemeindevahlen in Mecklenburg-Strelitz zutage getreten war, nur noch in verstärkter Form. Die Anhänger des Bürgerblocks, die den Gedanken der Vereinigung aller rechtsgerichteten Kreise bei den anhaltischen Wahlen auch in die Praxis umsetzten, haben eine empfindliche Schlappe erlitten. Deutschnationale, Volksparteier, Landbündler und sogenannte Wirtschaftsgruppen hatten sich in einer „bürgerlichen Volksgemeinschaft“ zusammengesetzt, um die reaktionäre Tendenz ihrer Parteien auch nach außen deutlich erkennbar zu machen. Ihnen standen gegenüber die Sozialdemokratie, die Demokraten, das Zentrum und eine Sonderliste der Bodenreformer, während die Völkischen und die Kommunisten ihre eigenen Diktaturtheorien im Wahlkampf propagierten.

Das Ergebnis der Abstimmung in dem kleinen Lande bedeutet einen vollen Sieg der republikanischen Parteien. Nach den vorläufigen amtlichen Ergebnissen wurden abgegeben an Stimmen für die:

	9. Nov.	22. Juni	4. Mai
Sozialdemokraten	78 672	64 943	65 768
Demokraten	13 971	6 188	10 250
Bodenreformer	3 207	3 005	?
Zentrum	2 406	2 039	2 336
Kommunisten	11 217	16 714	22 799
Nationalsozialisten	7 042	7 989	9 681
Rechtsblock	74 482	74 514	83 821

Diese Zifferngegenüberstellung zeigt deutlicher als alles andere die Verschiebung, die seit den Maiwahlen in der Wählererschaft eingetreten ist. Zwar standen, trotz der ungünstigen Situation, auch am 4. Mai unsere Genossen an der Spitze aller einzelnen Parteien. Aber die im bürgerlichen Rechtsblock zusammengeschlossenen Reaktionen hatten damals in der Gesamtheit doch mehr Stimmen aufgebracht als die Sozialdemokraten allein. Jetzt hat unsere Partei für sich allein schon den Rechtsblock überflügelt! Die Demokraten, die bis zur letzten Landtagswahl (22. Juni) mit ihnen gemeinsam die Regierung bildeten und sich gerade in Anhalt trennend zur Republik stellen, haben ihre Stimmzahl gegenüber der Landtagswahl mehr als verdoppelt und auch im Verhältnis zu den Reichswahlen noch einen erheblichen Gewinn buchen können. Die Folge ist, daß die alte sozialistisch-demokratische Regierungskoalition von den 36 Abgeordneten jetzt 18 sicher hat (15 Sozialdemokraten, 3 Demokraten). Da der eine gewählte Bodenreformer wie bisher schon auch in Zukunft wahrscheinlich in allen entscheidenden Fragen sich an die Seite der Linksparteien stellen wird, so ist das Schicksal der bisherigen reaktionären, d. h. völkisch-republikanischen Regierung unzweifelhaft entschieden. Der Bürgerblocktraum ist ausgeatmet und das kleine Anhalt dürfte binnen kurzem wieder eine republikanische Regierung aufweisen.

Anhalt gehört bei den Reichstagswahlen zu dem Wahlkreis Magdeburg-Anhalt, der auf demokratischer Liste bisher die Abgeordneten Schiffer und Dr. Böhm präsentierte. Diese beiden haben nach den Regierungsverhandlungen im Reichstage ihrer bisherigen Partei den Rücken gekehrt, weil ihnen die Demokratie anrührend geworden war und weil sie garstigen, rechtswidrigen den Anhalt nach rechts führen zu müssen. Auch ihnen erteilt die gestrige Abstimmung eine heilsame Lehre. In dem Augenblick, da die bürgerlichen Demokraten sich auf ihre demokratischen Grundworte besinnen und weniger das „Bürgerliche“ betonen, gewinnen sie an Halt und Ansehen im Volke. Diejenigen aber, die als Demokraten immer nur Wert darauf legen, Ellenbogenführung nach rechts zu erhalten, würden die

Partei zur Bedeutungslosigkeit führen. Wie das Beispiel zeigt!

Das Bemerkenswerteste aber ist der Zusammenbruch der Kommunisten. Diese Kindertrompeter des Putschismus, denen die Nachwirkung der Inflationsperiode zu einer Parteieinfaltung verhalf, stehen am Grabe ihrer Hoffnungen. Seit dem 4. Mai, also in einem halben Jahre, haben sie in Anhalt nicht weniger als die Hälfte ihrer Anhänger eingebüßt. Schon in der kurzen Frist vom 4. Mai bis 22. Juni waren ihnen mehr als 6000 Wähler davongelaufen. Fast die gleiche Zahl ist seit dem 22. Juni in der Versenkung verschwinden. Es handelt sich nicht nur um eine Verschiebung, denn die Sozialdemokratie hat seit dem 22. Juni fast 14 000 Stimmen gewonnen, das ist also mehr als das Doppelte dessen, was die Kommunisten in dieser Zeit einbüßten. Die Terroristen von Beruf und Reizung, die in der kommunistischen Partei heute den Ton angeben, klagen angesichts dieser deutlichen Abfuhr über angeblichen Terror, der gegen sie verübt worden sein soll. Insbesondere beschuldigen sie das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, daß es gegen sie einen besonderen Terror organisiert hätte. Diese Ausrede ist mehr als dumm. Wenn man weiß, daß die Kommunisten einen besonderen Sport aus der Sprengung gegnerischer Versammlungen machen, daß sie sich rühmen, jedes Auftreten von Sozialdemokraten verhindern zu wollen, daß sie sich nicht scheuen, vielfach sozialdemokratische Redner niederzubrüllen und körperlich zu mißhandeln, so wirkt ihre erlogene Klage über angeblich gegen sie gerichteten Terror geradezu erbärmlich.

Tatsächlich lehrt die Anhalter Wahl, daß die Zeit des Stillstands vorüber ist und daß die republikanischen Parteien, allen voran die Sozialdemokratie, wieder im Vormarsch begriffen sind. Das ist ein überaus erfreuliches Vorzeichen auch für die kommende Reichstagswahl. Die Deutschnationalen waren noch bis zum Sonntag voll eines naiven Glaubens an den Sieg der Reaktionsparteien. Die „Kreuzzeitung“ glaubte noch am Sonntag ihren Lesern den Sieg des Rechtsblocks versprechen zu können, indem sie schrieb:

„Die extremen Parteien dürften stark geschwächt werden, die Demokraten vielleicht durch eine Listenverbindung mit den 2000 Zentrumswählern ein Mandat gewinnen, die Sozialdemokraten entweder ihren Besitzstand behaupten oder ein Mandat verlieren.“

Run hat im Gegenteil der bürgerliche Rechtsblock sowohl Stimmen wie ein Mandat verloren, die Linke aber vier Mandate gewonnen und dadurch die ganze Lage im Landtage verschoben. Jetzt kann sich die Rechtspresse nicht einmal mehr auf die Wahlmüdigkeit berufen, die ihre Partei schwächte, denn in Anhalt war die Wahlbeteiligung außerordentlich stark und erreichte teilweise, wie in Dessau, den hohen Satz von 93 Proz. Es bleibt also dabei, daß das Geschrei der Deutschnationalen, sie wären die stärkste Partei im Lande und hätten infolgedessen einen Rechtsanspruch darauf, zur Regierungsbildung berufen zu werden, schon heute endgültig abgetan ist. Wir sind überzeugt, daß der 7. Dezember die Abrechnung mit den Deutschnationalen und den Bürgerblockern aller Schattierungen endgültig gestalten und sie sowohl im Reich wie in Preußen von ihrem Pappturn herunterstoßen wird.

Unsern Genossen im ganzen Reich aber gibt die Wahl am Revolutionstage in Anhalt einen freudigen Anstoß, ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um dem arbeitfeindlichen Bürgerblockgedanken bei der Preußen- und Reichstagswahl den Gnadenstoß zu versetzen. Es lebe die Republik! Es lebe ihre Trägerin, die Sozialdemokratie!

### Bravo, Anhalt!

Der Parteivorstand sandte den Genossen in Anhalt zu ihrem glänzenden Wahlsieg folgendes Telegramm:

Bravo Anhalt! Hoch die Republik! Hoch die Sozialdemokratie!  
Der Parteivorstand.

### Einzelergebnisse.

Dessau, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Auch diese Schlacht ist geschlagen! In Hamburg: Sieg. Und hier? Gewinn auf der ganzen Linie, Sieg für die Sozialdemokratie im einzelnen und für Schwarz-Rot-Gold im besonderen. Der Kampf war schwer! Tragisch: Wie bisher marschiert die Sozialdemokratie an der Spitze mit 78 672 gegen 64 943 am 22. Juni dem Tage der letzten Landtagswahl in Anhalt! Fast 14 000 Stimmen bucht sie als Zunahme davon allein in der Stadt Dessau über 4000 Stimmen mehr. So steht der Übergang des Marxismus, das Ende der Sozialdemokratie aus! Was hat man nicht alles getan, um diese Prophezeiung zu verwirklichen. Für die Steuern fehlte das Geld, aber für den Kampf gegen die Sozialdemokraten reichte es immer noch. Endlos waren die Versprechungen und Versicherungen. Aber selbst die

größten Kreditversprechungen im letzten Augenblick haben nicht gehalten. Die Sozialdemokratie marschiert — geschlagen ist die schwarzweiße Gemeinschaft der Ausbeuter, die auch in Anhalt den Versuch wagte, sich trotz ihrer Peise im Reich zu behaupten.

Im gleichen Maße, wie die Sozialdemokratie, haben sich die Demokraten erfolgreich geschlagen. Bisher 6188 Stimmen und ein Sitz, gehen sie jetzt mit 13 971 Stimmen und drei Sitzen aus dem Rennen hervor. Eine bessere Willensstunde gegen den Bürgerblock kann es kaum geben. In Anhalt wurde den Schiffer und Böhm die erste, aber derbe Quittung erteilt. Gleichzeitig haben die hiesigen Wahlen gezeigt, daß der Kostenaufwand des Herrn Stresemann für die „liberale Vereinigung“, die neueste Hoffnung der Deutschen Volkspartei, nicht lohnend ist.

Die eigentliche Rechnung bezahlen die Kommunisten. Zu 4. Mai, am Tage der Reichstagswahlen mit 22 700 Stimmen auf hohen Kosten, sank ihre Wählerchaft bis zum 22. Juni, also sechs Wochen später, auf 16 714, um rund 6000 Stimmen. Kaum ein Vierteljahr später hat sich ihr Anhang abermals wieder um fast 6000 Stimmen vermindert. So haben die Kommunisten also vom Mai bis November 1924, in kaum einem halben Jahre, rund 12 000 Wähler oder 50 Proz. ihres Anhangs verloren.

In Dessau-Stadt erhielten die Sozialdemokraten 18 197 Stimmen (Gewinn gegen die Landtagswahl im Juni 4000 Stimmen), Demokraten 3862 Stimmen (Gewinn 2200), Kommunisten 1399 (Verlust 1000), Zentrum 457 Stimmen, Nationalsozialisten 1174 (Verlust 100), Bodenreformer 642 (Gewinn 200), Bürgerblock 16 897 (Verlust 800).

In Köthen erhielten die Sozialdemokraten 6186 gegen 5057 bei der Landtagswahl im Juni, Demokraten 1364 (673), Kommunisten 145 (250), Zentrum 383 (286), Nationalsozialisten 710 (688), Wirterschuhbund 429 (310), Bürgerblock 6257 (5424).

Ballenstedt (Stadt): Sozialdemokraten 569 (506), Demokraten 138 (113), Kommunisten 176 (295), Zentrum 21 (27), Nationalsozialisten 313 (395), Wirterschuhbund 217 (116), Bürgerblock 2051 (1763).

### Vorwärts auch in Westpreußen!

#### Stadtverordnetenwahlen in Marienburg.

Marienburg, 10. November. (Ul.) Die Stadtverordnetenwahlen, die infolge Eingemeindung mehrerer Vororte notwendig wurden, hatten folgendes vorläufiges Ergebnis: Allgemeine unpolitische Wählerliste (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) 8 (11) Mandate, Sozialdemokraten 2 (1), Zentrum 8 (8), Völkisch-sozialer Freiheitsblock 3 (2), Bodenreformer 4 (4), Hausfrauenbund 1 (0), Unabhängige 2 (3), Kommunisten 1 (2).

### Halb und Halb.

#### Pofadomsky gegen die Deutschnationalen.

Einer der ältesten Deutschnationalen, der neben politischem Fingerspitzengefühl Sinn für die politische Würde einer Partei besitzt, der Graf Pofadomsky, hat sich in der Deutschen Pressekorrespondenz mit der politischen Haltung der Deutschnationalen seit London auseinandergesetzt. Seine Kritik ist vernichtend. Er verurteilt zunächst die schmählichen Handel der Deutschnationalen, die ihre sachliche Ueberzeugung gegen Ministerstühle verkaufen wollten:

„Das Londoner Abkommen ist von so unjagbar schmerzlicher Bedeutung für das Vaterland, daß ihm gegenüber nur sachliche, keine taktischen Erwägungen maßgebend sein dürfen. Ob die Partei in die Regierung eintritt oder nicht, war demgegenüber völlig nebensächlich. Außerdem sind die Verhältnisse für den Eintritt der Deutschnationalen Volkspartei in die Regierung noch nicht reif.“

Mit aller Schärfe stellt er die innere Zerrissenheit der Deutschnationalen fest und straft alles Einigkeitsschrei Lügen:

„Man kann auch nicht behaupten, daß die Partei in ihren Grundanschauungen einig ist, wenn sie in dieser schwersten Frage, die seit dem Versailler Vertrag ihrer Entschiedenheit unerschrocken auseinanderfällt. Hier mußte die Partei geschlossen auftreten und einig für oder wider stimmen ohne jede Rücksicht auf ihre politischen Wünsche und ihre Stellung zu der Regierung. Eine Partei, die gegenüber solch schicksalsschweren Fragen auseinanderfällt, einen Januskopf zeigt, verneint die Voraussetzung für den Begriff und die Wirksamkeit einer politischen Partei überhaupt. Die Partei einer geschlechtlichen Verantwortung ist mehr als ein Verein, in welchem öffentlich-rechtlich Fragen besprochen werden und jedes Mitglied die Freiheit behält, sich nachher zu äußern und zu stimmen oder zu handeln nach eigenen Belieben.“

Pofadomsky überschreibt seine Auseinandersetzung mit der Brandmarkung: „Die Halben“. Nun haben die Deutschnationalen es aus dem Munde eines ihrer Besten, was sie sind: halb und halb.

## Der bayerische Monarchenrummel.

Eine offizielle Stimme.

Das offizielle Organ der bayerischen Volkspartei, der „Bayerische Kurier“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem Streit zwischen Ludendorff und Kupprecht von Wittelsbach. Man kann da u. a. folgendes lesen: „So traurig die Tatsache ist, so notwendig es ist, sie festzustellen: General Ludendorff hat mit seiner letzten Erklärung die Stufe eines kommunistischen Agitators erreicht. Er hat in höchster Weise und unter Berufung auf gewisse Rasseninstinkte, die allerdings nicht den Namen reaktionär verdienen, die Streitfrage zwischen ihm und dem Kronprinzen Rupprecht so verzerrt und entstellt, daß dem objektiven Beurteiler nur ein Gefühl kommen kann: die Empfindung eines furchtbaren Entsetzens. Nicht darum handelt es sich, ob es unter den ehemaligen Mitgliedern der deutschen Armee zwei Arten von Ehre geben kann, sondern darum, ob es mit der Ehre eines Generals vereinbar ist, das Haupt der Familie Wittelsbach freventlich zu verleumben und darum, ob es mit den monarchischen Anschauungen vereinbar ist, gegen den Träger des dynastischen Prinzips deshalb Ehrenklage zu erheben, weil dieser seine verletzte Ehre gegen Verleumdung verteidigt hat. Daß ein Mann, der sich der Treue gegenüber seinem kaiserlichen Herrn rühmt, in Bayern es wagen kann, unter dem Beifall seiner Gefinnungsgenossen, Offiziere, die eine selbstverständliche Treuepflicht gegenüber dem Kronprinzen erfüllt haben, zu beschimpfen, daß er es wagen kann, die monarchische Treue als etwas hinzustellen, von dem sich jeder anständige Mann mit Schauder abwenden müsse, das ist, wie immer man auch über die Frage der Staatsform denken mag, ein politischer, ein bürgerlicher und ein ethischer Skandal. Und wenn General Ludendorff die Offiziere, die eine andere Auffassung von Treue haben, als Herr Lange und Lindbörn, dem Gespött der ganzen Welt preisgeben will, so mag solche Haltung zwar nicht das Gespött, aber doch die Empörung der ganzen Welt verdienen.“

Das bemerkenswerteste an dem Artikel ist, mit welcher Frechheit er den Privatmann Kupprecht als bayerischen Monarchen behandelt. Der „Bayerische Kurier“ ist nicht dieses und jenes Blatt, er ist das offizielle Organ der Bayerischen Volkspartei. Damit zeigt sich aufs neue, wohin der Kurs in Bayern geht. Jeder, der genug hat von dem monarchistischen Hofspuspoß, jeder, der das Deutsche Reich nicht wieder der monarchistischen Aliquen- und Willkürherrschaft ausliefern will, wird sich am 7. Dezember sagen müssen, daß es auf jede Stimme ankommt, wenn eine Reichsregierung zustande kommen soll, die stark genug ist, das Reich vor der Spaltung durch die Monarchie zu bewahren.

**Monarchistische Dummdinge und Aliquenwirtschaft haben uns in den Weltkrieg „hineinwärts“ lassen nach einem Ausspruch des deutschnationalen Tirpich, sie haben den Friedensschluß in einem Zeitpunkt verhindert, in dem es möglich war, ohne Reparationen und Landverlust den Krieg zu liquidieren. Sollen monarchistische Habgucht und Unvernunft Deutschland jetzt auch noch in einen Bürgerkrieg hehen, der das Ende des Reiches, neue Inflation und neues Elend bedeuten würde? Sorgt dafür, daß die republikanische Mehrheit im neuen Reichstag stark genug wird, um den Monarchisten von vornherein die Lust zu nehmen, sich die Finger zu verbrennen!**  
Auch die bayerischen Offiziere gegen Ludendorff.  
München, 10. November. (Zl.) Die bayerischen Offiziersverbände veröffentlichten folgende Erklärung: „Die bayerischen Offiziersverbände, Verband der bayerischen Offiziersregimentsoffiziere, Landesverbände Bayerns, Deutscher Offiziersbund und der Nationalverband Deutscher Offiziere, haben sich in ihren Vertreterversammlungen der in der Presse veröffentlichten Erklärung der bayerischen Generale über ihre Einstellung zu General Ludendorff auf Grund des Verhaltens seiner Eiggelungen gegenüber seiner königlichen Hoheit dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern, rückhaltlos angeschlossen. Sie verlangen, daß die in ihren Verbänden zusammengeschlossenen bayerischen Offiziere diesem Standpunkt unbedingt beitreten.“

## Unsere Kandidaten.

Bezirksparteitage in Westfalen und Pommern.

Dortmund, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Sozialdemokratische Bezirksparteitag für das westfälische Westfalen nahm am Sonntag zu den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen Stellung. Die Kandidatenliste für den Reichstag blieb unverändert. An der Spitze stehen Regierungspräsident König, Robert Schmidt und Husmann. Die Landtagsliste führt Klupich-Dortmund.

In einer Entschließung wandte sich der Parteitag gegen die Stilllegung der Randzonen des Ruhrgebietes. In der Entschließung wird unterstrichen, welche Schädigung öffentlicher Interessen die Stilllegungsmanie darstellt, durch die die Bergarbeiter der größten wirtschaftlichen Not überantwortet und blühende Gemeinden dem Verfall entgegengeführt werden. Da die stillgelegten Zonen durchaus abbaufähig sind, gehen außerdem noch große volkswirtschaftliche Werte verloren. Der Bezirksparteitag erhob daher die Forderung, daß die Reichs- und Landesbehörden unverzüglich eingreifen, da die privatrechtlichen Erwerbungen unvereinbar seien mit den allgemeinen Interessen. Insbesondere soll geprüft werden, ob nicht durch betriebstechnische Maßnahmen die Rentabilität der Betriebe sichergestellt ist. Eine weitere Entschließung des Parteitages wendet sich gegen die Stilllegungsabsichten im Siegerländer Eisenbergbau.

Stettin, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand ein außerordentlicher Bezirksparteitag der SPD Pommerns in Stralsund statt. Nach einem Referat des Genossen Schumann über die Reichstags- und des Genossen Decker über die Landtagswahlen wurde ohne weitere Diskussion die Aufstellung der Kandidatenlisten vorgenommen. Spitzenkandidat für den Reichstag ist wieder Schumann, ihm folgen wie bisher die Genossen Passow, Horn und Georg Schmidt. Listenführer für den Landtag ist Herbert; an zweiter Stelle steht Hartwig, an dritter König-Swinemünde, an vierter die Genossen Hörs. Als Vertreter des Parteivorstandes wohnte Genosse Ludwig dem Parteitag bei. Der Kampfwille der pommerischen Genossen und die bisher durchwegs stark besuchten Wahlveranstaltungen berechtigen auch Pommerns Sozialdemokratie zu den größten Hoffnungen auf einen günstigen Wahlausfall.

## Unsere Kandidaten in Köln und Koblenz.

Köln, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag tagte in Bonn ein sozialdemokratischer Parteitag für den Bezirk der oberen Rheinprovinz, um die Vorbereitungen zu den kommenden Wahlen zu treffen und die Kandidaten für die beiden Wahlkreise des Agitationsbezirks zu nominieren. Nach beifälliger aufgenommenen Referaten der Genossen Sollmann und Haas, Köln, über die bevorstehenden Wahlen wurde für den Wahlkreis Köln-Nachen einstimmig wieder der bisherige Spitzenkandidat Genosse Sollmann benannt. Weiter steht auf dem Reichswahlvoranschlag an zweiter Stelle die bisherige Stadtratsmitglied Frau Schilling-Nachen, während an dritter Stelle der Kölner Gewerkschaftsekretär Bender kandidiert. Die Landtagswahlliste im Kreis Köln-Nachen führt wieder wie früher Genosse Haas-Köln und Frau Röhl. An dritter Stelle steht auf dem Landtagswahlvoranschlag der frühere Reichstagsabgeordnete Fries-Köln.

Im Wahlkreis Koblenz-Trier kandidiert zum Reichstag der bisherige Abgeordnete Redakteur Rirschmann. An der Spitze der Landtagswahlliste steht der bisherige Landtagsabgeordnete Kleinmeyer-Koblenz. Der Parteitag, der in voller Harmonie verlief, eröffnet die günstigsten Aussichten für die Entlastung des 7. Dezember.

## Die Kandidatenaufstellung in Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M., 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksoberverband für Hessen-Nassau stellte für den Reichstag folgende Kandidatenliste auf: 1. Scheidehmann-Kassel, 2. Robert Dihan-Frankfurt, 3. Gustav Hoch-Hanau, 4. Schabrich-Kassel, 5. Heinrich Hüttmann-Frankfurt, 6. Bergarbeiter Beder-Bahnhof, 7. Witt-Wiesbaden.

Zu den Landtagswahlen machte der Bezirk Frankfurt a. M. zwei aussichtsreiche Posten geltend, außerdem beanspruchte er den

Spitzenkandidaten. Die Debatte hierüber war sehr ausgiebig, da die einzelnen Bezirke teils gegenteiliger Meinung waren. Die Abstimmung über die Kandidatenliste ergab folgendes Resultat: 1. Redakteur Wardwald-Frankfurt a. M., 2. Gregnitz-Kassel, 3. Jacz-Wiesbaden, 4. Frau Ege-Frankfurt, 5. Kassel (Kandidat noch nicht bestimmt), 6. Witt-Frankfurt und 7. Witt-Oberursel.

## Die demokratischen Kandidaten in Halle.

Der Nachfolger Schiffers.

Halle, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Demokraten haben im Bezirk Halle am Sonntag Professor Dr. Hummel, den früheren badischen Staatspräsidenten, und Georg Bernhard als Spitzenkandidaten aufgestellt. Professor Hummel kandidiert auch in Magdeburg als Spitzenkandidat, so daß an der Stelle von Schiffer wahrscheinlich Georg Bernhard in den Reichstag einzuziehen wird.

## Sozialdemokratie und Auslandsdeutsche.

Soziale Entschädigung erforderlich.

Auf eine Anfrage des Bundes der Auslandsdeutschen E. B. hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgende Antwort erteilt:  
„Die Sozialdemokratische Partei anerkennt die Pflicht des Deutschen Reiches, die Auslandsdeutschen nach Möglichkeit zu entschädigen. Sie hält die bisher gewährten Entschädigungen für unzulänglich, insbesondere bei der Masse der Entschädigungsberechtigten in kleineren Verhältnissen. Die Sozialdemokratische Partei wird deshalb für eine ausreichende Entschädigung dieser Schichten eintreten und dahin wirken, daß die Möglichkeit dafür durch die Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen und Erbschaften geschaffen wird.“

## „Deutscher Tag“ in Stettin.

Wüste Hege gegen die Republik.

Stettin, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Zu dem „Deutschen Tag“ in den „Zentralhallen“ am Sonntag hatten die Nationalisten von der Deutschen Volkspartei bis zu den Völkischen alle nur erdenklichen Bünde und Vereine aufgeboten. Wie vorausgesehen war, bestand dieser „Deutsche Tag“ in einer wüsten Hege gegen die Sozialdemokratie, gegen die linksgerichteten Politiker überhaupt und vor allem gegen das Reichsbanner. Der erste Redner, Graf v. d. Golz, hegte den Wunsch, daß eine nationale Regierung und ein nationaler Reichspräsident kommen möge, die die günstige Gelegenheit der nächsten vier Jahre im reaktionären Sinne auszunutzen verständen. Weiter wünschte er, daß den Innenminister Severing der 7. Dezember in die Hölle spülen möge. Prof. Dr. Roethe von der Universität Berlin feierte Wilhelm von Amerongen als genialen Fürsten und als Freund der Wissenschaft; unter ihm hätte das deutsche Volk die größte Freiheit gehabt (das behauptet ein Berliner Univeritätsprofessor, der die Vorkonferenz erlebt hat! D. Red.) Die Geistesrichtung der Besuche dieses „Deutschen Tages“ wurde auch dadurch charakterisiert, daß mehrfach in Zwischenrufen verlangt wurde, die linksstehenden Minister aufzuhängen. Ein Gleiches wünschte man auch dem Oberpräsidenten von Pommern, Lichmann, der den Mut gehabt hatte, am Sonntag zuvor sich öffentlich zum Reichsbanner und zur Republik zu bekennen.

## Mann über Bord?

Ein Zwischenfall in Köln.

Köln, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Unter der Überschrift: „Mann über Bord?“ schreibt unsere Kölner Parteizitung: „Wir erfahren, hat der wirtschaftsparteiische Stadtverordnete Hoferröd gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Schäfer die Beschuldigung erhoben, daß dieser in einem vier Jahre zurückliegenden Fall für die Beförderung von Wehl an die Kandidatenliste ein Geldgeschenk angenommen habe. Der Führer der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Genosse

## Wo bleibt die Altersfürsorge?

Von Hans Bauer.

Die Zeiten sind nicht gut. Es hat ein jeder recht sehr mit sich zu tun. Die Arbeiter, die Angestellten, die keinen Geschäftserfolg kommen nicht aus. Sie müssen rechnen. Reicht als dies. Jetzt man die Werte ganz, muß man beim Schuster hängen bleiben. Zahlt man den, reichlich nicht zur Miete. Immerhin hat diese Dürftigkeit den Vorteil, im Verborgenen zu bleiben. Die Zeitungen nehmen seine Notiz von den Sorgen des Herrn Behmann, und Städtgespräch wird so etwas gleich gar nicht.

Hingegen so ein Kammerfänger wie der Herr Deo Elek. Das Klingt so großartig, ein weltberühmter Sänger zu sein. Das nimmt sich noch wunder was aus. Über kommt nur hin. Auch solch ein Mann hat keine Sorgen. Auch solch einen grinst das große Mitgefühl an. Ja, wenn ihm nur wenigstens noch blühe, was dem arbeitslosen Bettler keiner vermag, daß er für sich bleiben könnte mit seinem Kummer: schicksalsgeschlagen, aber stolz. Rein, die Welt redet auch noch von seiner Misere. Es ist publik geworden. Und da spricht er in einem Wiener Blatt das Bittere schon gleich selber aus: Es geht ihm gar nicht gut... Rohrungelogen ahnen wir! Er hat mit dem Sauren beginnen müssen, sich zum drittenmal in seinem Leben keine sekundäre Existenz neu aufzubauen, für das Alter vorzusorgen. Schlimm, schlimmer für einen, der kein Junger mehr ist. Und da hat er zum letzten Mittel gegriffen... Nicht zum Glück! Schlimmer, schlimmer: Er ist zur Neuzeit gekommen. Gegen 300 M. pro Abend und Erhof der Speise. Über wenn einer schon reich hat, dann geht ihm auch alles schief. Nicht einmal hier hat ihn das Unglück zur Bestimmung kommen lassen. Sein Direktor James Klein hat sich überlegt, daß 65 000 M. und ein vieriel Jahr Hotelrechnungen mehr nach ihrer erheblichen als nach ihrer altersvorsorgenden Seite zu würdigen seien, und nicht mehr mitgemacht.

Was fängt ein auf die Straße gefetzter Kammerfänger nun bloß an?

Wir anderen aber wollen uns hübsch mit unseren Sorgen beschäftigen, die doch nichts nützen, wo wir leben, daß selbst Großverdiener vom sozialen Elend ihr Lied zu singen wissen.

Die Deutsche Schiller-Stiftung in Not. Die Schiller-Stiftung ist am 10. November 1859, dem 100. Geburtstag des Dichters, gegründet worden. In Weimar wird sie verwaltet. Sie hat die Aufgabe, „deutsche Schriftsteller und Schriftstellerinnen, welche für die National-Literatur (mit Ausschluß der fremden Fachwissenschaftler) verdienstlich gewirkt, vorzugsweise solche, die sich dichterische Formen bedient haben, dadurch zu ehren, daß sie ihnen oder ihren nächst angehörigen Hinterlassenen, in Fällen über sie verhängter schwerer Lebensnot, Hilfe und Beistand bietet.“ Dank vieler Gaben ver-

folgte die Stiftung im Jahre 1920 über ein Kapital von 2 1/2 bis 3 Millionen Mark. Sie konnte einschließlich ihrer Zweigstiftungen 100 000 M. für Pensionen und Unterstutzungen bereitstellen, konnte in Hunderten von Fällen eingreifen. Da brach die Geldverwertung über sie herein. Das Kapital ging verloren. Heute steht es um die Schiller-Stiftung so, daß ihr Grundvermögen auf 1129 M. zusammengeschmolzen ist, daß die Staatshilfe und andere dringlich erbetene Zumbanden ihr nur Jahresausgaben von 6000-7000 M. erlauben. Sie kann ihren Pensionären, deren Zahl sie von 85 auf 30 beschränken mußte, statt der gewohnten 3000 M. nur 200 bis 250 M. senden. Sie muß die Schar der um einmalige Unterstutzungen nachsuchenden bis auf wenige absweisen und kann auch den wenigsten nur mit geringen Beträgen beistimmen. Unsere Dankbarkeit gegen unsere Toten, die Schätze nicht sammeln konnten, unsere Achtung vor den Lebenden, die im Kampfe für ihr Werk stehen und denen wir Wegbereiter sein müssen, gebietet den Wiederaufbau der Stiftung. Ränner des Reiches müssen sie bedenken. Einmalige und regelmäßige Zuwendungen sollen fließen. Dichter, Schriftsteller, Dramatiker, die der Erlauf getragen, haben die Berufung, sich der Stiftung anzuschließen. Die Schiller-Stiftung heißt, Verleger, Buchhändler, Zeitungen, Zeitschriften, Vereine mit kühngewilligen und reinliterarischen Interessen um sich zu scharen. Bühnen, private Theater-Vereinigungen, Schulen mögen den Erlauf einer Vorleistung abführen. Wanderverbände, Studenten-Gruppen sollen für die Stiftung sammeln. Festabende, Vorträge und andere Veranstaltungen bringen Mittel. Die Landesregierungen und die deutschen Städte werden vorangehen.

Spenden für die Deutsche Schiller-Stiftung nimmt die Geschäftsstelle unserer Zeitung entgegen.

Radio-Sendeleihbüchse: „Nachfolger von Granada.“ Man kann über das unvollkommene Radio noch so viel mißeln und die Köpfe zucken, der gestrige Rundfunk des Vorhauses hat bewiesen, daß es doch einen ersten Schritt wert hat. Nicht als ob jetzt Bohrerin, Tristan, Carmen, Aida zuhause im Lehrstuhl genau so genossen werden könnte wie in der Oper. Bis es zu diesen komplizierten Meisterwerken kommt, wird wohl noch manches Jahr vergehen. Aber es bedeutet doch schon etwas, daß man heute eine einfache Oper wie das „Nachfolger“ dem Hörer zugänglich machen kann. Ein einseitiger Vortrag beliebt die Hörer über das Leben und Wirken Conradin Kreuzers. Ein wahrhafter Dr. Faustus, nicht etwa als Alchimist, sondern als Volkshistoriker wider Willen, der von der Musik ausging und sich über Theologie und Medizin wieder zur Musik, der fähiglich spenden, zurückgefunden hat. Später Erfolg, langes Glück nach steilem Existenzkampf.

Zieht man nun das Fazit aus der gestrigen, von Cornelius Bronsgesetz geleiteten Aufführung, so ist sie als Ganzes und im Einzelnen als völlig gelungen zu betrachten. Otto Ursat dirigiert stilvoll ohne falsche Beachtlichkeit. Irene Eden, die vornehm und sehr gefühvoll singende Gabriele, Cornelius Bronsgesetz, der geschmackvolle Jäger (Prinzregent) Paul Stiebe - Walter, der mit schönem freien irrischem Tenor den Gomes darstellt u. a. erfreuen uns mit den alten wohlbelannten Weisen. Der Chor tut seine Schuldigkeit. Des Orchester hört man allerdings als einheitliche Masse, nicht die einzelnen Instrumentalgruppe. Holzbläser und Hörner aber, sobald

sie solistisch dominierend hervortreten, sind von booser Deutlichkeit und Festumriffenheit. Auch die ausgezeichnete gepfeilte Solostimme gewährt ungetrübten Genuß. Was wäre das Resultat dieser Aufführung? Wie viele schöne Opern, die heute ihres Leses oder nicht genug dramatischen Wustes wegen fast oder ganz verfallen sind, könnten durch den Rundfunk wieder zu feinstem Genuß der Hörer ausgegraben werden. Kennen sie die Oper, dann werden sie die Handlung und Ausstattung durch ihre eigene Phantasie ergänzen können. Ein reizendes Spiel für sich. Wenn nicht, so werden sich schon Lehrer für das fehlende aus der Umgebung der Fernbegierigen finden. Das musikalische Verständnis kann da ausgezeichnet gefördert werden, was der ersten Oper nur von höchstem Gewinn sein wird.

Der erste Novembersozialist. Novembersozialist! Novembervertreter! Novemberling und neuerdings Novembergeist!  
In Acht und Bann also mit denen, die aus ihren entsetzlichen Erlebnissen im Weltkrieg auch die politischen Folgerungen zogen und der sozialdemokratischen Partei beitrugen, der sie während des Krieges und vorher vielleicht schon nahestanden. Wenn nicht ein Weltkrieg sich mit ebrenem Geißel einprägen und die politische Denkart umgestalten sollte, welches Ereignis könnte es denn? Trotz alledem soll das Schlagwort brandmarken; es sind Bispfelle, geschleudert von den Deutschnationalen, die jedoch wohl kaum daran gedacht haben dürften, daß einer ihrer jetzigen Führer als erster Novembersozialist bezeichnet werden kann. Es ist Tirpich, der in seinen Erinnerungswort bereits am 13. November 1914 schreibt:  
„Nach dem Kriege gebe ich unter die Szenen und Luch mit Vaternespähe aus; denn es mühte einer ganzen Hydra zusehe gegangen werden, wenn es besser werden sollte.“  
Also schon im ersten Kriessnovember kommt ein Konterattler, der die beste Einsicht in das Betriebe der kaiserlichen Politik hatte, auf den vernünftigen Gedanken, „unter die Szenen zu geben“, im Riefenschrift von rechts nach links. Die im November 1918 unter dem Eindruck der gewaltigen Niederlage und des sende Zusammenbruchs den Gedanken vermittelten, der im Hrn von Tirpich vier Jahre vorher trotz aller Sätze entstanden war, hatten sicher nicht einen so weiten Weg nach links zu geben, schleppten auch nicht so lange wie Tirpich die furchtbare Ahnung von der kommenden Niederlage mit sich herum. Ganz sind sie allerdings ihrem Führer Tirpich nicht gefolgt; denn die Straßenlaternen blieben unbeschwert, und die Hydra lebt, und einer ihrer Führer, ihrer Köpfe, ist - Tirpich der erste Novembersozialist!

Vollstündige Jugend. Des Reitenberg strahl am Dienstag, 11. d. M. abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Helmstedterstr. 16/17, über die Oper mit besonderer Berücksichtigung des „Freischütz“. Mitwirkung von Frau Ida Hark zur Lieben (Gesang).

Die Rollspielschiff des Dramatischen Theaters veranlaßt unter Führung ihres Spielleiters Karl Vogt am Dienstag, den 11. November, 8 Uhr abends, im Dramatischen Theater, Schmaltestr. 30/31, Aufführungen von „Robert Guiskard“ und „Demetrius“ zu vollständigen Eintrittspreisen. Es werden gute Sitzplätze zum Preise von 0,80 bis 3 M. abgegeben.

Trimborn, hat, als der Oberbürgermeister in einer Sitzung des Festen Ausschusses der Stadtverordneten die Angelegenheit vorzeitig fortlagerung und schonungslos Untersuchung der Angelegenheit verlangt. Es ist anzunehmen, daß die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft überreicht wird. Die Kölner Sozialdemokratie will und wird nichts vertuschen. Sie erwartet die gründliche Untersuchung auch gegen die angeschuldigten Führer der Kölner Konditoreninnung."

**Der Kampf in Deutschösterreich.**  
Unverminderter Streikfortgang. — Postbeförderung in Autos.

Wien, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag haben keinerlei neue Verhandlungen zwischen den Organisationen der Eisenbahner und der Regierung oder der Generaldirektion der Bundesbahnen stattgefunden. Der Streik geht un verändert und unvermindert weiter. Auch für den Montag sind bis zur Stunde kundenwichtige Verhandlungen nicht in Aussicht genommen. Es werden keinerlei Zwischenfälle gemeldet. Die Postverwaltung läßt die Post durch Autos zwischen Wien, einigen Landeshauptstädten und den Grenzstationen befördern. Das Personal der elektrischen Bahn Wien—Peregrin hat sich dem Streik angeschlossen. Auf der Donau sollen mehr Personendampfer in Dienst gestellt werden. Der Postgewerkschaft ist ihre Forderung nach Erhöhung der Wirtschaftsprämie, worüber schon mehrfach verhandelt wurde, unter Hinweis auf die finanzielle Lage abgelehnt worden. Die Gewerkschaft hat diese Erklärung nicht zur Kenntnis genommen und ihre Forderungen voll anrecht erhalten. Ueber den Notverkehr wird fortgesetzt verhandelt, wobei sich wohl die Möglichkeit für Anregungen zur Belohnung der Zimmermannen begrifflicherweise nicht passen. Die Streikleitung hat gestattet, daß 14 Jüge mit Kohlen nach Wien fahren und dort einladen werden dürfen.

Der Rücktritt des Präsidenten der Generaldirektion der Bundesbahnen, Günther, wird auf einmal widerrufen. Der Grund dazu ist sehr einfach. An Stelle Günthers trat nämlich der Vizepräsident der Generaldirektion und das ist kein anderer als unser Genosse Smerikal, der Vorsitzende des Allgemeinen Reichsbahn- und Gewerkschaftsvereins, das heißt des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes! Und eine solche Leistung der Bundesbahnen würde der Selpetregierung samt dem General-Kommissar Zimmermann begrifflicherweise nicht passen.

**Beamtenbewegung in Belgien.**

Brüssel, 10. No. (II.) Ungefähr 30 000 Eisenbahn- und Postbeamte durchzogen gestern in geschlossenem Zug die Hauptstraßen der Stadt und schloßen dann eine Kordone an dem Ministerpräsidenten, der um Berücksichtigung neuer Gehaltsforderungen ersucht wurde. Theuils erwiderte, er sei bereit, solche zuzugestehen, wenn der Antrag der im Parlament vorgeschlagenen und zur Annahme gelangten Steuern es erlaube. Unterdessen müsse die Regierung sich an die Vorschläge der Sachkommission halten.

**Die Teuerung in Frankreich.**

Paris, 10. November (Eig. Drahtber.). Die amtliche Statistik verzeichnet für den Monat Oktober ein neues Steigen der Großhandelspreise. Der Gesamtwert ist von 487 im August bzw. 496 im September auf 507 im Oktober gestiegen. Besonders stark ist die Erhöhung der Lebensmittelpreise. So ist der Index für pflanzliche Lebensmittel von 408 im August auf 451 im Oktober gestiegen.

Trotz der neuen Zustände, die die Regierung den Arbeitslosen gemacht hat und die deren gegenwärtige Bekümmernisse bis zu 50 Proz. erhöhen, dauert in ihren Kreisen die Agitation mit unverminderter Heftigkeit fort. Ihre Organisationen haben beschlossen, am 11. November (Waffenstillstandstag) in Aussicht genommenen Streikdemonstration festzuhalten. Die linksstehenden Blätter warnen die Kriegsbeschädigten, sich von den Drahtziehern der Reaktion mißbrauchen zu lassen. Das Gewerkschaftsblatt „Peuple“ erinnert daran, daß die Kriegsbeschädigten sich in einer weit besserer Situation befinden, als die Arbeitslosen, deren Renten fortwährend niedrig sein und für deren Angehörige in keiner Weise gesorgt wird; die Witwen der Kriegsbeschädigtenorganisationen die dem Nationalen Blut als Sturmtruppen gegen das Ministerium Herriot dienen, würden deshalb zu tun, etwas weniger egoistisch aufzutreten. Aus den von den Blättern veröffentlichten Angaben über die Wirkung der vorgeschlagenen Aufbesserungen geht hervor, daß die Renten eines Vollinvaliden mit Verlustmehrunszulage sich künftig auf 10 000 bis 11 000 Frs., ohne Verlustmehrunszulage auf 6 000 bis 6 000 Frs. belaufen. Die Grundrente eines Kriegsbeschädigten mit 80 Proz. Arbeitsunfähigkeit erhöht sich von 1920 auf 2688 Frs.

**Die Beschuldigungen gegen Nathusius.**

**Bevorstehende Revisionsverhandlung. — Zurückweisung eines deutschen Protestes.**

Paris, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Schritt, den am Sonnabend im Auftrag der deutschen Regierung Botschaftsrat Rieth in der Angelegenheit des verhafteten deutschen Generals a. D. von Nathusius beim auswärtigen Amt unternommen hat, glaubt der „Figaro“ folgende Angaben machen zu können: Herr Rieth hat gegen die Verhaftung des deutschen Generals formell Protest eingelegt mit der Begründung, daß die deutsche Regierung das Urteil des Kriegsgerichts nicht anerkenne; sie verlange die sofortige Freilassung des Verhafteten. Der polnische Direktor des Außenministeriums habe demgegenüber erwidert, daß Nathusius auf Grund eines Urteils verhaftet worden sei, das unanfechtbar sei. Dem die Militärräte hätten sich formell das Recht vorbehalten, auch die nicht auf der Liste der Kriegsschuldigen stehenden deutschen Offiziere zur Verantwortung zu ziehen, wenn ihnen Verbrechen gegen die Völkerordnung nachgewiesen werden können. Die Boulevard-Presse veröffentlicht längere Telegramme aus Lisse, wonach der Fabrikant aus Roubaix, in dessen Villa General von Nathusius eingewickelt gewesen war und dessen Anzeile die Einleitung des Gerichtsverfahrens seinerzeit verursacht hatte, die damals gemachten Aussagen im vollen Umfang aufrecht erhalten. Er behaupte u. a., Nathusius habe bei dem Rückzug im Oktober 1918 mehrere Kisten mit Kleidungsstücken, Pelzen und Wäsche im Werte von 8000 Francs mitgenommen. Auf die ihm von der Haushälterin des Fabrikanten gemachten Vorkundgebungen habe er ausdrücklich erklärt, daß diese Gegenstände für seine Frau und seine Kinder bestimmt seien. Ein anderer Zeuge will die gepackten Kisten und auf einer die Adresse des Generals in Roubaix gesehen haben. Wie weit diese Angaben zutreffen, wird die in der nächsten Woche stattfindende Revision des Prozesses zu erweisen haben. Die bisher mit den Urteilen der französischen Kriegsgerichte gemachten Erörterungen haben gezeigt, daß in den wenigen Fällen, wo eine Wiederaufnahme des Verfahrens in Gegenwart der Angeklagten stattgefunden hat, die Belästigungen jedesmal verfehlt haben. Erst in der vergangenen Woche ist ein ehemaliger deutscher Offizier, der jetzt Schwärzweiler von Hagenau im Elsaß ist, und der von einem französischen Kriegsgericht wegen ähnlicher Verbrechen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, in der Revisionsverhandlung, in der sich die Zeugen meritwürdigerweise ihrer früheren Angaben nicht mehr genau zu erinnern mußten, freigesprochen worden.

# Revolutionsfeiern.

Der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei hat gestern des Tages der Revolution gedacht und in Versammlungen und Feiern der einzelnen Abteilungen auf die Bedeutung des 9. November für die arbeitende Bevölkerung hingewiesen. Am stärksten, eindrucksvollsten und wichtigsten war die Revolutionsfeier gestern mittag im Großen Schauspielhaus. Die gefröhlige proletarische Feierstunde war Weihe, Gedenden der Toten und Bekenntnis zur Republik zugleich. Von besonderem Eindruck, dem sich niemand entziehen konnte, war die Ausführung des Requiem von Toller, das eine gleiche Regie mit der Ansprache von Arhur Crispian und dem Chor der Toten von Conrad Ferdinand Meyer verbunden hatte. Der Vorhang erhebt sich über einer stillierten Landschaft, die noch in tiefem Dämmer liegt. Langsam, wie mit schweren und nachdenklichem Schritt ziehen Männer, Frauen und Kinder mit roten Fahnen auf. Und dann erdnt der Sprecher, wundervoll abgestimmt, die Wucht Tollerscher Verse rührt an das Herz, die Fahnen senken und heben sich, das Dämmert weicht und langsam steigt die Sonne auf über dem Sieg der arbeitenden Massen, über dem Jubel, der die Ringe um die Toten der siegreichen Revolution adelt. Die Toten sind nicht umsonst gestorben. Der Toten gedächte auch Genosse Arhur Crispian in seiner Ansprache. Er verglich die bürgerliche Revolution von 1848, deren Früchte das Bürgertum aus Angst vor der proletarischen Revolution nicht zu pflücken wagte, mit der sozialistischen Revolution des 9. November 1918. Genosse Crispian vermahnt aber auch nicht darauf hinzuweisen, daß noch viel Bruchstück übrig geblieben ist, das es zu beackern gilt. Er mahnte mit eindringlichen Worten zur Weiterarbeit, zum Vormarschreiten auf der Bahn des Erfolges, um schließlich den vollen Sieg zu erringen, und erinnerte daran, daß der 7. Dezember so recht ein Tag ist der Republik zum Siege zu verhelfen.

Ein zweiter Höhepunkt der proletarischen Feierstunde war die Aufführung der Dichtung „Die Revolution vom 9. November 1918“ von Hohenfelder. Der Sprecher und Choral vom Staatstheater als Einzelsprecher gaben auch hier Befehl und Eindrucksstilles, und als das Werk ausklang in der „Internationale“, sangen die Massen, die das weite Rund des Großen Schauspielhauses füllten, begeistert mit. Vorher hatte man andächtig gelauscht den Leistungen des Männerchors „Ramenlos“, der unter Leitung von Chormeister Thilo das passende „Sturm“ von Bessen und das traurig-trügliche „Bei‘ und arbeit“ von Wendelin

Weißheimer gelungen. Mit Orgelspiel begann und mit Orgelspiel sang die Feier aus.

**„Für Republik und Volkserlösung.“**

An den verschiedensten Stellen von Groß-Berlin fanden gestern Revolutionsgedenkefeiern statt. In Buch sprach Genosse Dr. Witte, der einen Appell an die Jugend der Republik richtete und sich mit Entrüstung gegen die falschen Jugendzeiter wandte, die die Jugend aufgehen, in einen neuen Krieg vorziehen und damit das Vaterland dem Verderben preisgeben wollen. Er verglich in wirkungsreicher Weise die Studenten vor 100 Jahren, die für die Farben Schwarz-Rot-Gold kämpften und litten, mit den Studenten von heute, denen ein Professor Hoff in Lüdingen in seiner Schrift: „Reichserlösung und Völkerverlösung“ folgen darf: „Wir wollen den Jörn über unsere Erniedrigung als brennendes Feuer denen vererben, die nach uns kommen. Wir wollen in ihnen ein starkes Gefühl erwecken für Erhabenheit, die darin liegt, daß ein so geknechtetes Volk in heroischem Aufschwung die Fesseln bricht, sobald seine Stunde kommt.“ Genosse Witte trat dann dafür ein, daß Knaben und Mädchen in völkerverlösendem Geist erzogen werden und später durch den Vertreter im Völkerbund erwirken, daß die vollstümliche Entwicklung des Vaterlandes nicht beeinträchtigt wird und durch friedliche Arbeit zu Wohlstand gelangt. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In demselben Geist der Völkerverlösung für Republik und Freiheit sprachen in Steglitz Genosse Robert Breuer, im dritten Kreis Wedding Genosse Aufhäuser, in Charlottenburg Genosse Witt, in der 103. Abt. Oberhenschlör Genosse F. Künzler, in der 128/130. Abt. Pantow Genosse Otto Meier, in der 132. Abt. Bienenburg Genosse Landa, in der 136. Abt. Reinickendorf Ost Genosse Willi Möbus.

„Einer unserer Genossen teilt uns folgendes „Revolutionserlebnis“ mit: „Ich hatte heute früh zu meinem Balkon die schwarz-rot-goldene Fahne hinausgehängt, weit und breit die einzige. Über gerade deswegen konnte sie doch — ich wohne an einer sehr belebten Ecke — die Vorübergehenden, die es zum allergrößten Teil sehr nötig haben, daran erinnern, daß heute der Geburtstag der Republik ist. Um 10 Uhr wurde ich vom Fernsprechautomaten aus angerufen: „Haben Sie die Fahne herausgehängt?“ — „Gewiß!“ antwortete ich. — „Wenn Sie die Fahne nicht sofort entfernen, werden wir Ihnen nachts einen unliebkommen Besuch abstatten.“ — „Deutschhöflicher Mannesmut!“ sagte ich nur noch und hing ab.“ Kommentar dazu ist natürlich überflüssig, den geben wir heute über vier Wochen.

**Zwei Heime — für Alte und für Kinder.**

In Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg hat das Altersheim für Sozial- und Wohlfahrtsrentner, das auf dem freigelegenen Voradenshofgrundstück Danziger Str. 62 im vorigen Jahre eröffnet wurde, den im Sommer eingestellten Betrieb jetzt mit Beginn des Winters wieder aufgenommen. Die Turnhalle, die als Heim eingerichtet ist und den alten Leuten eine behaglich durchwärmte Aufenthaltsstätte bietet, macht mit ihren bunt getrichenen Wänden und den bunt gedeckten Tischen einen anheimelnden Eindruck. Am Sonntag wurde in dem Heim aus Anlaß der Wiedereröffnung eine kleine Einweihungsfeier veranstaltet, ein Vortragend, an dem Vertreter der Wohlfahrtspflege des Bezirkes und des Rotdienstes der Frauen teilnahmen. Auch die Gattin des Ministers Genossen Erling war unter den Gästen. Stadtrat Genosse Rosemann, der Degernit des Bezirkswohlfahrtsauschusses, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß im vorigen Winter die Zahl der alten Leute, die hier Zuflucht fanden, an manchen Tagen bis zu 250 ging. Damit den Mitteln, die vom Rotdienst der Frauen beschafft und beigetragen wurden, kann den Besuchern für einen geringen Betrag (im vorigen Winter waren es 8 Pfennig, in diesem Winter werden es vielleicht ein paar Pfennige mehr sein müssen, weil die Mittel noch knapp sind) zu Mittag ein einfaches Essen und am Nachmittag Kaffee mit Schrippe gegeben werden. Am Sonntagmorgen findet hier Vortragabend statt, bei denen Gesangsvereine, Musikvereine und Einzelsprecher unentgeltlich mitwirken. Erfreulicherweise stellt oft die Jugend sich in den Dienst dieser Arbeit, die den alten ein blühendes Sonnenschein bringt.

Auf demselben Grundstück hat in einer ehemaligen Schutzbaracke auch das Heim für tuberkuloseverdächtige Kinder, das bisher Räume des für Schulzwecke nicht mehr verwendeten Riettschulhauses an der Gethsemanestraße benutzte, eine zweckmäßig eingerichtete Unterkunft gefunden. Stadtrat Genosse Rosemann erwiderte, daß dieses Heim aus der Gethsemanestraße umziehen mußte, weil der Hauswart geltend machte, daß er die Räume für Schulzwecke aber nicht für ein derartiges Heim vermietet habe. Er habe sich sogar geäußert, daß er „mit diesem Gestank nicht zu tun haben wolle“. Die Beschäftigung der neuen Räume zeigte uns, daß bei dem Wechsel das Heim gewonnen hat. Der Betrieb wird mit 25 Kindern eröffnet, aber ihre Zahl soll auf 50 gesteigert werden, für die zwei hübsch ausgestattete Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen. Die Kinder werden durch eine Tuberkuloseärztin ausgewählt, wobei auch die wirtschaftliche Lage der Familie berücksichtigt wird. Sie schlafen nachts bei den Eltern und gehen morgens vor dort zur Schule, mittags aber begeben sie sich sofort zum Heim, wo sie aus der Heimküche ein fettreißendes und noch hartes Mittagessen und später einen Becher Milch oder Kakao mit Brötchen erhalten. Nach dem Mittagessen müssen sie auf Biestühlen sitzen, bei geringerer Witterung im Freien, möglichst auch im Winter, selbstverständlich geschützt durch wärmende Umhüllung. Danach machen sie im Beisein einer Jung-lehrerin ihre Schularbeiten und es folgen dann gemeinsame Spiele und Gesänge, auch kleine Handarbeiten, Bastarbeiten, Bekänte usw. Die Kinder werden auf die Rotenbeidigkeit hygienischer Lebensweise hingewiesen und zum fleißigen Gebrauch der Waschlageleihen angehalten. Die Kur in dem Heim soll nicht unter sechs Wochen dauern, sie wird aber nach Bedarf auch sehr viel weiter ausgedehnt, nötigenfalls auf viele Monate. Die Unterhaltskosten werden vom Rotdienst der Frauen aufgebracht.

**„Rote Fahne“ und Roter Kreuz-Standal.**

Von der Zeitung des 1. Kreises im Arbeiter-Samariterbund wird uns geschrieben: Die „Rote Fahne“ vom 6. und 8. November 1924 behauptet wider besseres Wissen in einer Kritik über die Vorgänge bei der Station des Roten Kreuzes am Schlesischen Bahnhof, daß der Arbeiter-Samariter-Bund mit dem Roten Kreuz eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen habe. Bei der Einstellung der „Roten Fahne“ zum Arbeiter-Samariter-Bund ist diese unwahre Behauptung kein Wunder. Es ist nicht wahr, daß zwischen dem Arbeiter-Samariter-Bund und dem Roten Kreuz eine Arbeitsgemeinschaft besteht. Daran hindert uns allen schon die militärische Einstellung des Roten Kreuzes. Von allen anderen Hindernissen für eine derartige Arbeitsgemeinschaft ganz abgesehen. Der Arbeiter-Samariter-Bund ist im Sinne des Art. 16 der „Roten Fahne“ keine „Sozialistische“ Organisation. Er steht auf dem Boden der Verfassung und es gehören ihm eine große Anzahl Kommunisten

als Mitglieder an. Allerdings lehnen wir es ab, in unsere Reihen Parteipolitik einzutragen zu lassen. Wir verstehen den Schmerz der Gewähsmänner der „Roten Fahne“ und glauben ihnen gern, daß es für sie nicht angenehm ist, wenn sie bemerken müssen, daß es Organisationen gibt, die sich gegen Spaltungen zu wehren wissen.

**Nochmals der „Ehrenobermeister“.**

**Er ist „zu Unrecht verurteilt“.**

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute früh der Reineidsprozeß gegen den früheren Ehrenobermeister Karl Rahardt, der damit zum drittenmal und jetzt unter der schwersten Anklage vor Gericht erscheint.

Karl Rahardt, der im 63. Lebensjahre steht und schwer leidend ist, seit dem 26. September 1921 in Untersuchungshaft. Er ist bereits in zwei Prozessen rechtskräftig wegen Betruges, Bestechung und Untreue zu einer Gesamtstrafe von 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe würde im nächsten Jahre beendet sein. Nach der Anklage soll sich Karl Rahardt einer falschen Aussage vor dem Disziplinär-Untersuchungsmagistrat des Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg schuldig gemacht haben. Die Aussage soll in drei Punkten falsch gewesen sein. Der Angeklagte erklärt, daß er sich nicht schuldig fühle und genötigt sei, so unangenehm es auch vielleicht für die Richter und Geschworenen sein mag, das ganze frühere Verfahren bei dieser Gelegenheit von neuem aufzurufen, denn er sei zu Unrecht verurteilt worden. Landgerichtsdirektor Schimmed machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß die Gefahr bestehe, daß der Prozeß abgebrochen werden müsse, indem auch der Staatsanwalt neues Material beschaffen müsse. Es sei dann damit zu rechnen, daß das Verfahren vor dem 20. April nicht beendet sein würde und somit die Möglichkeit nicht bestehe, eine Gesamtstrafe zu bilden. Der Angeklagte erklärte jedoch, daß er bei seinem Vorhaben beharren müsse. Die ersten Zeugen sind auch erst zu Mittag geladen worden. Vorl.: Der erste Punkt in dieser Verhandlung betrifft Ihre Aussage über Ihr Verhältnis zu Frau Hoffmann, was haben Sie beschworen? Angekl.: Daß ich die Frau Hoffmann in Stuttgart in dem Hause ihrer Eltern vor 20 Jahren kennen gelernt habe. Redaktionell hätte ich es vielleicht noch anders abgelehrt, wenn ich vorbereitet gewesen wäre, daß ich die Aussage bei dem Oberregerungsrat falsch würde beidigen müssen. Vorl.: Frau Hoffmann steht Ihnen doch sehr nahe. Angekl.: Es war ein Freundschaftsverhältnis, wie es selten vorkommt. Ich wurde zur Familie gerechnet. Vorl.: Sie haben Frau Hoffmann doch auch geküßt? Angekl.: Bei familiären Gelegenheiten und beim Abkühl geschah das. — Vorl.: Es haben Ermittlungen stattgefunden und es sind Leute vernommen worden, die Sie in der Sommerfrische beobachtet haben. Wenn Ihnen die Frau in Ihrem Leben so viel bedeutet, müßten Sie doch auch wissen, wann Ihnen die Frau zuerst zu Gesicht gekommen ist. Angekl.: Meiner Anschauung nach ist das richtig, was ich gesagt habe. Vorl.: Herr Rahardt, das macht keinen klugen Eindruck, wie Sie sich verhalten. Die Situation war doch folgende: Sie waren Vorgesetzter Hoffmanns, den Sie in die Stellung gebracht haben. Dem Hoffmann wurde vorgeworfen, daß er der Schiebersekretär sei und Sie bede. Das Verhältnis zwischen Ihnen und dem Sekretär und besonders zwischen Ihnen und der Frau des Sekretärs wurde allgemein besprochen. Die Situation muß doch sehr peinlich für Sie gewesen sein, als Oberregerungsrat heißt diese Frage nicht. Angekl.: Die Sache liegt 20 Jahre zurück und ich habe seitdem Tausende von Menschen kennen gelernt. — Wir werden über den Fortgang des Prozesses berichten.

**Itälischer Fliegerabsturz in Münstcr.** Bei den gestern in Münster veranstalteten Fliegerfesten stürzte der Flieger Schröder aus Barmen während der Vorführung eines Luftkampfluges aus 80 Meter Höhe mit einer Dietrich-Gobiet-Maschine ab. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Der Flieger war auf der Stelle tot.

**Dampferzusammenstoß auf der Scheide.** Auf der Scheide ist es zu einem Zusammenstoß zwischen dem französischen Dampfer „Marquis de Dubersac“ aus Rouen und dem Schloppdampfer „Merle“ gekommen. Letzterer sank, während der andere Dampfer zwar beschädigt wurde, aber das Ufer noch zu erreichen vermochte.

**Bekämpfung der Wohnungsnot in Paris.** Die Stadt Paris hat zur Ermäßigung von Neubauten billiger Wohnhäuser den ersten Abschnitt einer großen Anleihe in Höhe von 75 Millionen aufgelegt. Man hofft, daß binnen zwei Jahren auf diese Weise für viele Tausende von Familien billige Wohnungen geschaffen werden können.

**389 Kilometer in einer Stunde.** Der Weltflieger Sonnei hat eine Stundenleistung von 389,890 Kilometern erreicht und damit den bisherigen französischen Schnellfliegerrekord von 373 Kilometern überholt.

## Öffentl. Wählerversammlung

heute, Montag, den 10. November, abends 7 1/2 Uhr:  
Waldershof: Lokal Wöllstein, Bismarckstr. 76.  
Tagesordnung: Gegen Monarchie und Schutzölle — für die Republik und Verbilligung der Lebensmittel  
Redner: Landtagsabgeordneter Hirsch.

Erdbeben in der Schweiz.

Zürich, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend nachmittags verursachte ein schweres Erdbeben am Balensee im Kanton Graubünden einen gewaltigen Erdstoss...

Die Hochwasserfluten in Koblenz.

Das Hochwasser hat in Koblenz so weit nachgelassen, daß die überfluteten Straßen wieder freigegeben sind. Die Schäden an den Wohnhäusern, in den Wohnungen selbst sowie in gewerblichen Betrieben sind sehr groß.

Schweres Autounfall bei Graz. Heute vormittag wollte ein Lastauto, in dem sich 22 Personen befanden, die zu einer Versammlung nach Graz führen, auf der Bundesstraße bei Peggau einem Steinhaufen ausweichen und stürzte dabei über die steile Straßenböschung, die zur Kur führt, hinab, wobei sich das Fahrzeug mehrere Male überschlug.

Sport.

Reit- und Fahrtturnier.

Zu diesem Turnier im Sportpark fanden wieder schweidische, ungarische, italienische, schweizer und holländische Offiziere den Weg in die deutsche Republik. Diese Herren wurden auch vom Außenminister der deutschen Republik empfangen.

Reit- und Fahrtturnier. Gleich der erste Abend des Jagdspringens mit Localfavorit fand eine so große Teilnehmerzahl, daß die kühnsten Erwartungen bei weitem übertroffen wurden. Es waren an diesem einen Abend 172 Starter zu verzeichnen.

Rennen zu Mariendorf am Sonntag, den 9. November.

- 1. Rennen. 1. Ludwig (Waggon), 2. Eberhard (H. Hoff), 3. Denkmäler (H. Götter). 2. Rennen. 1. Ludwig (Waggon), 2. Eberhard (H. Hoff), 3. Denkmäler (H. Götter).

Bewegungsbewegung

Langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die Stichprobenerhebung der wichtigsten Arbeitsnachweise ergab:

Table with 4 columns: Datum, Anzahl der Arbeitsnachweise, Anzahl der Arbeitslosen, Anzahl der Stellen.

Die Zahl der Arbeitsuchenden ist um knapp 10 Proz., die der verfügbaren Stellen um etwas über 7 Proz. zurückgegangen. Der Rückgang der Stellenangebote beschränkt sich auf das weibliche Geschlecht, beträgt hier allerdings ein volles Sechstel, während das Angebot für Männliche um gut ein Zehntel zunahm.

Wie sonst vor nur für Landarbeiterinnen das Stellenangebot (4938) größer als die Nachfrage der Arbeiterinnen (1553) sonst besteht fast überall noch ein mächtiges Ueberangebot von Arbeitern. So kamen in der Gruppe Bergbau und Hüttenwesen auf 555 freie Stellen 27 109 verfügbare männliche Arbeiter, in Metallverarbeitung und Maschinenindustrie 130 098 auf 1427 Stellen, im Holz- und Schnitzstoffgewerbe 24 178 auf 729, im Baugewerbe 5 529 auf 2337, im Verkehrsgewerbe 34 434 auf 324 (106 auf 1 Stelle), bei Lohnarbeit wechselnder Art 176 339 männliche Arbeitsuchende auf 2033 Stellen, 22 517 weibliche auf 10008 offene Stellen.

Table with 4 columns: Gebiet, Arbeitsuchende männlich, Arbeitsuchende weiblich, Offene Stellen männlich, Offene Stellen weiblich.

In keinem Gebiet außer der freien Grenzmark ist die Zahl der offenen Stellen größer als die der Nachfragenden. In Berlin kommen auf eine verfügbare Stelle fast 176 männliche Arbeiter, in der Rheinprovinz gar 239!

Nach der gesamten Branchenprognose der Arbeitsnachweise ergibt sich ein günstigeres Bild schon für September. Die Zahl der Arbeitsuchenden war damals im ganzen 1,49 Millionen gegen 1,41 Millionen im August (+ 6 Proz.), die Zahl der offenen Stellen 511 415 gegen 496 169 (+ 29 Proz.), die Zahl der besetzten Stellen 420 104 gegen 325 926 (+ 29 Proz.).

In den Arbeiterfachverbänden waren im September bei 3 450 000 (im August 3 380 000) erfassten Mitgliedern auf je 100 Mitglieder:

Table with 4 columns: Monat, Arbeitslos männlich, Arbeitslos weiblich, Kurzarbeiter männlich, Kurzarbeiter weiblich.

Am ganzen ein noch immer langsamer, aber doch unerkennbarer Aufstieg der Beschäftigung.

Hinsichtlich der Zahl der Vollerwerbstätigen standen am günstigsten: Bekleidungsindustrie mit 4,0, Spinnstoffgewerbe mit 6,1 Proz. — am wenigsten: Maschinenbau und Metallverarbeitung mit 17,1, Buchbinderei mit 11,9, Holz- und Schnitzstoff mit 11,8 Proz. Hinsichtlich Kurzarbeiter am besten: Gärtner mit 0,1, Bekleidungsindustrie mit 1,3, Baugewerbe und Verkehr mit je 1,6 Proz. — am schlechtesten Maschinenbau- und Metallgewerbe mit 33,2, Spinnstoff mit 28,2, Leder mit 21,9 Proz.

Die Kaufkraft der Masse (im Vergleich mit der Vorkriegszeit) war 86 Pf. gegen 88 im August und 94 im Februar.

Die nächsten Zahlen zeigen, daß das Wirtschaften eben dank der wachsenden Entspannung der internationalen Lage sich einer unerkennbaren, wenn auch noch viel zu langsamen Besserung erfreut. Aber noch immer ist die Not berghoch, die Abhilfe völlig unzulänglich. Und die Entwicklung der Lebenshaltungskosten zeigt schon heute ohne Zölle gegenüber der zollbegünstigten Vorkriegszeit eine wachsende Entwertung der Kaufkraft des Geldes.

Bringt das Wahlergebnis neue Erschütterungen, so verdrängert sich die Arbeitslosigkeit rasch wieder. Bringt es einen Sieg der Schutzöllner, so wächst die Teuerung in gleicher Weise.

Weitere Ausbreitung des Tapeziererstreiks.

Als gesperrt gelten weiter die Betriebe von Birnbaum, Hülberstr. 4 und Sommer, Schöneberg, Hauptstr. 151. Letztere Firma ist auch in Zukunft mit besonderer Sorgfalt zu beobachten. Wir kommen später darauf zurück und ersuchen, bei evtl. späterer Arbeitsaufnahme, erst im Bureau Erkundigungen einzuholen. Wir bitten auch bei bisher nicht besetzten Betrieben mit der Arbeitsaufnahme äußerst vorsichtig zu sein.

Heute findet eine Verhandlung mit den Unternehmern statt. Zur Entgegennahme des Berichts hierüber finden sich die Streikenden morgen Dienstag früh 10 Uhr im Gewerkschaftshaus ein.

Die Einstellung des Kampfes im Buchdruckgewerbe.

Nach langwierigen Verhandlungen hat der mit größter Hartnäckigkeit geführte Kampf durch den am Sonnabend gefällten Schiedsspruch sein Ende gefunden. Der Reichsoberstenrat hat diesen von beiden Seiten abgelehnten Schiedsspruch im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Der mit größter Einmütigkeit und Geschlossenheit geführte Kampf muß nunmehr mit derselben Disziplin beendet werden. Wir ersuchen alle unsere Funktionäre, dahin zu wirken, daß die ausgesprochenen Ründigungen restlos zurückgenommen werden und die im Schiedsspruch festgelegten Bestimmungen zur Durchführung gelangen.

Die sich aus dem Schiedsspruch ergebenden Lohnsätze werden in dem morgen erscheinenden 'Korrespondent' veröffentlicht.

Berein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Robert Braun, Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen (Ordnungsbüro Berlin), Otto Bloß.

Der Streik bei der Gasbetriebsgesellschaft.

Der durch Abstimmung der Belegschaft der Gasbetriebsgesellschaft (früher englische Gaswerke) am Freitag beschlossene Streik, wird höchstwahrscheinlich heute nacht beginnen. Die Ausführung des Streikbeschlusses war zunächst ausgeetzt worden, um das Ergebnis der heutigen Verhandlungen vor dem Schlichter Wijffels abzuwarten.

In unserem Bericht über den Lohnkonflikt, am 2. November, heißt es: 'Es hat den Anschein, als ob die Direktion es unter allen Umständen zu einem Konflikt mit der Belegschaft treiben will.' Die Direktion hat diese Annahme durch ihr Verhalten jetzt voll und ganz bestätigt, indem sie den Schiedsspruch abgelehnt hat.

Der Belegschaft bleibt nun kaum mehr eine andere Möglichkeit als die, den Streikbescheid durchzuführen.

Was wollen die Arbeiter? Nichts weiter als die gleichen Lohnbedingungen die für die Berliner städtischen Gas- und Wasserwerke gelten und für die Gasgesellschaft Niederbarnim. Die hier gestellten, mit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter getragenen Löhne, können auch von der Gasbetriebsgesellschaft gezahlt werden. Nach allem spekuliert die Direktion auf die Technische Röhre. Sonst könnte sie mit den Interessen ihrer Abnehmer unmöglich ein derartiges Spiel treiben. Dem könnte nur durch sofortige verbindliche Erklärung des Schiedsspruches gesteuert werden. Erfolgt sie nicht, dann haben wir den Streik.

Hier Hubert Lehmann & Cie.!

„Von uns kein Geld zu bekommen.“

Vom Baugewerksbund wird uns geschrieben: Eine wahre Gefahr für die Arbeiter des Baugewerbes ist die Baufirma Hubert Lehmann & Cie., Berlin-Charlottenburg, Spreestr. 12. Wir waren schon öfter gezwungen, was mit ihrem Inhaber in der Öffentlichkeit zu beschäftigen. U. a. als er einem Arbeiter, der seinen verdienten Lohn forderte, den Revolver vor die Brust hielt.

Der Baugewerksbund wird bald in der Lage sein, wenn Lehmann sein gemeingefährliches Spiel noch weiter treiben kann, die Jubiläumstage, nämlich die hundertste gegen ihn einzureichen.

In letzter Zeit hat sich dieser Gemütszustand ganz und gar abgemildert, noch Löhne zu zahlen oder noch vor Gericht zu erscheinen, da ja doch jede Pfändung fruchtlos aussieht.

Von seiner Gemütsverfassung zeigt folgender Brief, den Herr Lehmann am 3. November an einen Mauerer schrieb, der sich bemühte, auf altsächsischem Wege seinen Lohn zu erhalten:

„Hierdurch möchte ich Sie bitten, wegen Ihrer Forderung sich nicht mehr an uns zu wenden, sondern können diese beim Gericht anmelden. Wir haben beim Gericht den Konkursantrag gestellt und ist jedes Fahrgeld, welches Sie ausgeben, um von uns Geld zu bekommen, weggeworfen. Wir bitten Sie daher Ihren Besuch zu unterlassen. Hochachtungsvoll Hubert Lehmann & Cie. gez. Lehmann.“

Wir warnen hiermit die Bauarbeiter, bei dieser Firma in Arbeit zu treten, wenn sie nicht umsonst arbeiten wollen.

Deutscher Werkmeister-Verband, Buchbinderei-Werkmeister und graphische Betriebe. Von morgen, Dienstag, ab finden unsere Verhandlungen im Restaurant 'Rosa' in der Wilhelmstraße, abends 8 Uhr, statt. Der Brandmeister.

Katung, Buchdrucker-Verband: Am gen. Dienstag nachm. 1/5 Uhr Fortsetzung der Verhandlung im Gewerkschaftshaus, Canal 1. Funktionärsrat und Mitgliederbuch sind am Eingang anzubringen.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Schriftföhrer: Arthur Gatenberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Geinzer; Korrespondent: Dr. John Schlotowski; Redakteur: Fritz Karpf; Anzeigen: H. Gieseler; Druck: Hermanns-Druckerei; Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

Goethe-Bühne, Kleinstädt. 43, Täglich 8 Uhr, Sturm v. Drang, von F. M. Klinger, Regie: Dr. Helme, Sonntag 8 Uhr, 5. u. 6. Abt., 2. Teil, 1. Akt, 1. u. 2. Akt, 1. u. 2. Akt.

Reichshallen-Theat., Abends 8 Uhr, Stettiner Sänger, Richard Bock, Die erste große Revue-Posse, Das lachende Berlin, Paul Beckers a. G., Senta Sönkefeld, Preise 2 bis 10 M.

Altes Spezialgeschäft, Kamelhaar-Schul-Relie-Deden, Errolagen, Strickwaren, Strümpfen, Gebrüder Pilsaue, Berlin SW, Friedrichstr. 205.

Verkäufe, Teppich-Schönheit, Kleiderstoffe, Bekleidungsstücke, Wäsche usw., Kleiderstoffe, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe.

Monatsgerichte, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe.

Damenmäntel, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe.

Arbeitsmarkt, Perfekte Lötinnen, Perfekte Lötinnen, Perfekte Lötinnen, Perfekte Lötinnen, Perfekte Lötinnen.